

Besondere Vertragsbedingungen der Thüringer Fernwasserversorgung zu Ingenieurleistungen Objektplanung Ingenieurbauwerke

Leistungsbilder und Planungsphasen richten sich grundsätzlich nach der zum Vertragsabschluss gültigen HOAI, sofern im Vertrag nicht explizit schriftlich anders bestimmt.

Der zugrunde liegende Ingenieurvertrag berücksichtigt die Neuregelungen der §§ 650 p – 650 t BGB (seit 1. Januar 2018) und die Einzelvorgaben des Angebotes im Ergebnis der Verhandlungen mit dem Bieter. Sofern der Leistungsumfang über die Leistungsphase 8 hinausgeht, gilt grundsätzlich eine Teilung in

- Leistungsumfang bis einschließlich Leistungsphase 8 und
- Leistungsphase 9

als vereinbart.

Durch den/die Ingenieur*in sind zwingend die aktuell geltenden gesetzlichen Regelungen sowie die allgemein anerkannten Regeln der Technik, die zutreffenden Unfallverhütungsvorschriften sowie die Richtlinien, Sicherheitsregeln und Merkblätter des Unfallversicherungsträgers, der Berufsgenossenschaft BG ETEM – Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse in allen Planungsphasen zu beachten.

Dies bedeutet insbesondere auch, dass bei der Einteilung von Arbeiten an sich sowie – wenn diese gleichzeitig oder hintereinander durchgeführt werden sollen – und bei der Bemessung der Ausführungszeiten für diese Arbeiten die allgemeinen Grundsätze nach § 4 des Arbeitsschutzgesetzes zu berücksichtigen sind.

Grundlage für die Erstellung der Planungsunterlagen ist die aktuelle Einmess- und Zeichenvorschrift der Thüringer Fernwasserversorgung, Teil A oder Teil B.

Die Struktur der Planungsunterlagen hat den Vorgaben „Inhaltsverzeichnis Erläuterungen zur Planungsdokumentation“ zu erfolgen.

1 Zur Phase 5 – Ausführungsplanung

Als Grundlage für die Ausführungsplanung ist vom Ingenieur/von der Ingenieurin als „Besondere Leistung“, die optional anzubieten ist, eine Gefährdungsbeurteilung für den herzustellenden Leistungsumfang vorzunehmen, die der Unterlage für spätere Arbeiten gemäß Baustellenverordnung entspricht. Das Ergebnis ist bei der Erarbeitung der Ausführungsplanung zu berücksichtigen und darin explizit als separater Punkt auszuweisen. Gefährdungen sind grundsätzlich konstruktiv zu vermeiden. Ist dies im Einzelfall nicht möglich, sind geeignete Sicherheitsvorkehrungen in die Ausführungsplanung aufzunehmen.

Der/die Ingenieur*in hat dem AG die Notwendigkeit zur Erarbeitung eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes (SIGE-Plan) gemäß Baustellenverordnung (BaustellV) anzuzeigen.

Der SIGE-Plan wird parallel zur Ausführungsplanung mit den zu berücksichtigenden Arbeitsabläufen (räumliche und zeitliche Zuordnung) den Maßnahmen zur Vermeidung beziehungsweise Minimierung

der Gefährdungen und den Arbeitsschutzbestimmungen durch den AG in Eigenleistung oder durch einen Dritten erstellt und dem/der Ingenieur*in vom AG beigestellt.

Die Erarbeitung der Ausführungsplanung hat so rechtzeitig vor der Vorbereitung der Vergabe zu erfolgen, dass das Leistungsverzeichnis auf Basis der Ausführungsplanung erstellt wird. Sie ist unter anderem dem AG zweifach zu übergeben. Der/Die Auftragnehmer (AN) [Leistungsbetrieb] erhalten jeweils zwei Ausfertigungen der Ausführungsplanung.

Die Fortschreibung der Ausführungsplanung muss sich dem vorgegebenen Bauablauf unterordnen.

Mit Abschluss der Ausführungsplanung ist diese Unterlage mit allen eingearbeiteten Änderungen aus der Planungsfortschreibung im Original dem AG digital als „PDF“- und bearbeitbar als „DWG“- oder „DXF“-Datei zu übergeben.

2 Zur Phase 6 – Vorbereitung der Vergabe

Eine Beratung des AG zur Festlegung der Vergabeart erfolgt durch den Planer. Die Festlegung der Vergabeart behält sich der AG vor.

Die Vergabeunterlagen sind grundsätzlich mit dem AG abzustimmen; dies gilt insbesondere für die Vertragsbedingungen. Alle erforderlichen Formblätter (aktuelles Vergabehandbuch Bund) sowie die firmenbezogenen angepassten Formblätter des AG werden dem/der Ingenieur*in digital zur Verfügung gestellt.

In die Vergabeunterlagen sind, wenn zutreffend, entsprechende Hinweise auf patentrechtlich geschützte Ausschreibungsinhalte zur Kalkulationsberücksichtigung durch den Bieter aufzunehmen.

Bei getrennter Ausführung (Vergabe in Losen) sind die Schnittstellen mit dem AG dokumentiert abzustimmen und als solche in den Vergabeunterlagen und der Ausführungsplanung auszuweisen.

Die aus dem SIGE-Plan ableitenden „Besonderen Leistungen“ sind in das Leistungsverzeichnis aufzunehmen.

Die kompletten Vergabeunterlagen sind mindestens eine Woche vor Ausschreibung einfach an den AG zur Freigabe zu übergeben. Die Haftung des Ingenieurs/der Ingenieurin bleibt davon unberührt bestehen.

3 Zur Phase 7 – Mitwirkung bei der Vergabe

Die Weitergabe von Angebotseröffnungsergebnissen an Dritte ist untersagt!

Der Vergabevorschlag mit vollständiger Angebotsauswertung und gegebenenfalls Themenvorschlägen für die Bietergespräche/Verhandlung hat spätestens **eine Woche** nach der Angebotseröffnung, bei Nachforderungserfordernis von Unterlagen eine Woche nach dem Termin zur Vorlage der nachgeforderten Unterlagen beim AG mit der folgenden Gliederung vorzuliegen:

- formale Prüfung; gegebenenfalls Angebotsausschluss
- Eignungsprüfung; gegebenenfalls Ausschluss
- rechnerische, technische und wirtschaftliche Prüfung; gegebenenfalls Ausschluss
- Wertung der verbleibenden Angebote
- gegebenenfalls Aufklärung des Angebotsinhalts

- Wertungsübersicht
- Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes

4 Nachträgliche Änderungen der Planungs- beziehungsweise Ausschreibungsunterlagen

Werden im Nachgang von Ausschreibung beziehungsweise Zuschlagserteilung (an den Ausführenden) Änderungen an den Planungs- beziehungsweise Ausschreibungsunterlagen erforderlich, die zur Vorhabenrealisierung notwendig sind und im Voraus erkennbar waren, jedoch nicht erkannt wurden und damit zu einer Nachtragsvereinbarung zwischen AG und Ausführenden führen, dann

- a) erstattet der/die Ingenieur*in dem AG eine **Pauschale für dessen zusätzlichen Verwaltungsaufwand** in Höhe von 5 % bei einem Wertumfang des notwendigen Nachtrages bis 15.000 Euro – mindestens jedoch 175 Euro – beziehungsweise 1.250 Euro pro Nachtrag mit einem Wertumfang größer 15.000 Euro;
- b) erarbeitet und übergibt der/die Ingenieur*in mit seiner **detaillierten Nachtragsbegründung** dem AG bei Fördervorhaben auch unverzüglich und unaufgefordert die für eine Beantragung der Nachförderung vorbereiteten **Finanzierungsanträge**;
- c) haftet der/die Ingenieur*in bei Fördervorhaben für die entstehenden Vermögensschäden des AG in Höhe des dem AG **verlustig gehenden Fördermittelanteiles**;
- d) gilt für die über 10 vom Hundert hinausgehenden Überschreitungen des Mengenansatzes, die zu keiner Nachtragsvereinbarung führen, der Punkt c) gleichlautend;
- e) bleiben der Nachweis und die Geltendmachung weiterer Schadenersatzansprüche des AG vorbehalten.